*

NACHRICHTEN

Terror-Durchsuchungen beruhen auf Verfahren gegen Franco A.

Berlin. Die jüngsten Anti-Terror-Durchsuchungen in Mecklenburg-Vorpommern beruhen einem Medienbericht zufolge auf Hinweisen aus dem Ermittlungsverfahren gegen den terrorverdächtigen Franco A. Ein Bundeswehroffizier der Reserve hat nach Angaben der »Welt« bei einer Befragung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz Hinweise auf eine Gruppe von Rechtsextremisten in Norddeutschland geliefert, die sich angeblich für einen »Bürgerkrieg« mit Waffen ausrüstet. Die Bundesanwaltschaft wollte diese Informationen weder bestätigen noch dementieren. Man kommentiere Medienberichte grundsätzlich nicht, sagte eine Sprecherin in Karlsruhe. Die »Welt« berichtet weiter, es sei dem Bundeskriminalamt in den vergangenen Wochen gelungen, die Verdächtigen zu identifizieren. Es soll sich demnach um sechs Personen handeln. Sie sollen in Chatgruppen über Messengerdienste miteinander kommuniziert haben. *dpa/nd*

Pegida-Redner Pirincci muss vor Gericht

Dresden. Der deutsch-türkische Autor Akif Pirincci muss sich zwei Jahre nach seinem Auftritt auf einer Dresdner Pegida-Kundgebung wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten. Für die Hauptverhandlung sind zunächst zwei Verhandlungstage am 25. September und am 2. Oktober angesetzt, wie das Amtsgericht Dresden am Donnerstag mitteilte. Der Angeklagte hatte Anfang dieses Jahres gegen einen Strafbefehl Einspruch eingelegt, mit dem gegen ihn im schriftlichen Verfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung eine Geldstrafe von 11 700 Euro festgesetzt worden war. Das Amtsgericht Dresden wirft dem Schriftsteller vor, bei seiner Rede gegen in Deutschland lebende Menschen muslimischen Glaubens und muslimische Flüchtlinge in einer Weise zum Hass aufgestachelt zu haben, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. *epd/nd*

AfD-Führungsfigur verlässt Partei und Fraktion

Schwerin. Der AfD-Fraktionsvize im Schweriner Landtag, Holger Arppe, verlässt überraschend Fraktion und Partei. Der aus Rostock stammende Politiker ziehe damit die Konsequenzen aus dem Bekanntwerden von Internet-Chatprotokollen, nach denen Arppe 2015 zu Gewalt aufgerufen haben soll, sagte ein AfD-Fraktionssprecher am Donnerstag in Schwerin. Sein Landtagsmandat will Arppe dem Vernehmen nach behalten. *dpa/nd*

Streit als Lebenselixier

Mit Wolfgang Gehrcke verlässt einer ihrer führenden Außenpolitiker die Linksfraktion

Nach insgesamt 16 Jahren im Bundestag verliert die LINKE einen streitbaren und respektierten Streiter für Frieden und Abrüstung.

Von Aret van Riel

In der nächsten Legislaturperiode wird Wolfgang Gehrke nicht mehr im Bundestag sein. Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

Ein letztes Mal klaubt Wolfgang Gehrcke seine Zettel mit Notizen am Rednerpult des Bundestags zusammen. »Ich habe mich gerne gestritten. Sie wissen, das ist mein Lebenselixier. Vielen Dank dafür«, sagt er. Als Zusatz erklärt Gehrcke, dass er auf »eine weltweite Friedensbewegung« hoffe. Damit endet sein Beitrag zur Debatte um Abrüstungspolitik. Nicht nur die Linksfraktion applaudiert daraufhin dem Mann, der einer ihrer Vizechefs ist. Auch Sozialdemokraten, Grüne und sogar der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), klatschen an diesem sonnigen Junitag. Obwohl er oft andere Meinungen als sie vertritt, wird Gehrcke auch von Politikern der Mitte-links-Parteienkonkurrenz respektiert. Man kennt sich aus vielen Sitzungen im Auswärtigen Ausschuss und Plenardebatten.

Nach 16 Jahren im Parlament für die PDS bzw. die LINKE ist für den weißhaarigen Mann Schluss im Parlament. Er ist über 70 und verlässt den Bundestag aus Altersgründen. Kürzlich wurde er von der »Zeit« als »der letzte bekennende Kommunist im Bundestag« bezeichnet. Dabei wollte er in Jugendjahren zunächst ebenso wie sein Vater ein Sozialdemokrat werden. Aber in der SPD wollte man Gehrcke nach kurzer Zeit nicht mehr haben. Er wurde als 19-Jähriger ausgeschlossen, weil es für die Partei unerträglich war, dass er die Ostermarschbewegung mitgegründet hatte. Gehrcke schloss sich daraufhin der illegalen KPD an, später war er DKP-Funktionär, zuletzt als Bezirkschef in Hamburg bis Ende der 80er Jahre. Dann wurde er Mitglied der PDS und einer der führenden Außenpolitiker der LINKEN.

Linke Politiker seiner Generation haben früher auf die Weltrevolution gehofft. Als junger Mann ist Gehrcke in Kuba gewesen und hat Fidel Castro getroffen. Seine Begeisterung für den gestorbenen Revolutionär ist ungebrochen. Auf seiner Website ist noch immer ein Schwarz-Weiß-Bild von Castro zu sehen: jung, scheinbar unsterblich, mit Mütze, dunklem Bart und dunklen Haaren. Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si in der Linkspartei wird von Gehrckes Freund Harri Grünberg geleitet.

Auch in anderen Regionen der Welt hat Gehrcke Kontakte zu Organisationen und Parteien geknüpft, die die Worte sozialistisch oder kommunistisch im Namen tragen. Mit ihnen fühlt sich Gehrcke noch immer verbunden. Seien es die PLO, die Kommunistische Partei der Ukraine oder die Chavisten in Venezuela. In der eigenen Partei hat sich Gehrcke immer wieder über die Außenpolitik gestritten. Denn nicht wenige LINKE sehen nur wenig fortschrittliches Potenzial in den Bewegungen. Auch über die Haltung zum sogenannten »Friedenswinter« nach der Ukraine-Krise 2014, den Gehrcke zunächst begrüßt hatte, war er in Konflikt mit anderen Politikern seiner Partei wie seinem Fraktionskollegen Stefan Liebich geraten, die in der Bewegung eine Querfront von Rechten und Linken sahen.

Womöglich lässt sich die Haltung Gehrckes im Unterschied zu einigen jüngeren Kollegen aus seiner Biografie heraus erklären. Denn er hat das Dahinschmelzen der Friedensbewegung seit den 80er Jahren erlebt. Vor 30 Jahren hatten an den Ostermärschen bundesweit noch Hunderttausende teilgenommen. Auch damals handelte es sich um eine heterogene Bewegung.

Als vor einigen Jahren die Debatte über den Nahostkonflikt und einen möglichen linken Antisemitismus hochkochte, gehörte Gehrcke, der zu den »Israelkritikern« in der LINKEN zählt, zu den Vermittlern. Er hatte gemeinsam mit dem damaligen Fraktionschef Gregor Gysi an einem Positionspapier zu dem Thema gearbeitet. Letztlich einigte man sich auf einen Minimalkonsens. Die Unterzeichner bekannten sich zum Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 und verlangten die Schaffung eines palästinensischen Staates. Als Weg dorthin sollten der Siedlungsbau gestoppt und die im Gazastreifen herrschende radikalislamische Hamas in politische Gespräche einbezogen werden.

> *Komplett will sich Gehrcke nicht aus der Politik zurückziehen. Er will weiter in der Linkspartei und der Friedensbewegung aktiv sein. Man wird sicherlich noch von ihm hören.*

Vor zwei Jahren hat Gehrcke noch einmal nachgelegt und ein Buch mit dem Titel »Rufmord: Die Antisemitismuskampagne gegen links« veröffentlicht. Links sein und Antisemitismus schließen sich für ihn aus. Trotz seiner Kritik an der israelischen Politik steht Gehrcke Boykottaktionen zumindest ambivalent gegenüber. Der Boykott israelischer Waren ist laut Gehrcke zumindest »keine Aktionsform, die auf Waffen setzt, um durch wirtschaftlichen Druck politischen Druck aufzubauen«. »Ich würde aber abraten, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte solche Forderungen zu erheben«, meinte er einmal.

Während Gehrcke in anderen Ländern offenbar noch auf revolutionäre Umbrüche hofft, schlägt er in der Innenpolitik eher linkssozialdemokratische Töne an. Er will, dass große Teile der Wirtschaft in öffentliches Eigentum übergehen und meint, kleine Veränderungen hin zu einer anderen Gesellschaft zu sehen, wenn Menschen ihr Auto, die Wohnung und den Strom teilten.

Komplett aus der Politik will sich Gehrcke nicht zurückziehen. Er will weiter in der Linkspartei und der Friedensbewegung aktiv sein. Man wird sicherlich in nächster Zeit noch von ihm hören.

G20: Weiterer Redakteur auf Ausschlussliste

Verfassungsschutz wirft längjährigen Aktivismus vor

Von Samuela Nickel

Links sein und gleichzeitig Journalist – schließt das aneinander aus? Diese Frage stellt sich derzeit ein Journalist des »neuen deutschland«. Neben der nd-Redakteurin Elsa Koester stand auch er auf der Liste des Bundeskriminalamts (BKA) von Medienvertretern, denen beim G20-Gipfel nachträglich die Akkreditierung wieder entzogen wurde.

Lange war unklar, wer genau Teil dieser Liste war. Der Redakteur des »nd« stellte aus diesem Grund Ende Juli eine Anfrage an das BKA, ob er darauf aufgeführt sei und wenn ja, mit welcher Begründung. Nun kam die Antwort der Behörde: Polizeilich liege gegen den Journalisten nichts vor. Das BKA habe keine Daten über ihn gespeichert.

Man habe allerdings auch bei »anderen Sicherheitsbehörden« angefragt, schreibt das BKA in dem Bescheid. Und zwar werfe das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin dem Journalisten vor »langjähriger Aktivist der linksextremistischen Szene Berlins« gewesen zu sein.

»Was macht mich für den Verfassungsschutz zum Linksextremisten?«, fragt sich der nd-Kollege und will nun erst mal weitere Antworten erhalten. Er erwägt eine Klage, will zuerst aber beim Landesamt für Verfassungsschutz genauere Auskünfte einholen.

Begründet wurde der Entzug der Akkreditierung von 32 Journalisten beim G20-Gipfel mit Einschätzungen der Sicherheitsbehörden. Wie die ARD am Mittwoch berichtet, speichert das Bundeskriminalamt möglicherweise illegal Daten zu mehr als einer Million angeblicher Straftaten. Dies sei besonders bei Journalisten und Journalistinnen problematisch, da diese unter dem Schutz der Medienfreiheit stehen.

Der nd-Journalistin Elsa Koester teilte das Bundeskriminalamt in seinem Bescheid mit, dass die Daten auch ihre Mitgliedschaft in einem »gewaltbereiten bzw. gewaltbefürwortenden Beobachtungsobjekt« zeigten. Damit sei wohl ihre Mitgliedschaft bei Interventionistischen Linken gemeint, wie die Journalistin selbst in einem Bericht des »nd« vermutet.

Die Interventionistische Linke (IL) ist ein Zusammenschluss von Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland und Österreich, die sich als linksradikal bezeichnen. Bei den Gipfeltagen in Hamburg war die IL an der Vorbereitung zur »G20 not welcome«-Demonstration beteiligt.

Gegründet wurde die Interventionistische Linke 2005 im Vorfeld der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm als Bündnis aus verschiedenen Gruppierungen. Sie wirkte an der Etablierung neuer Protestformen mit, wie beispielsweise kollektiv organisierte massenhafte Aktionen des »zivilen Ungehorsams«. Der Verfassungsschutz ordnet die IL laut einem Bericht von 2015 den »Gruppen des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums« zu.

Die Absicht der IL ist es, bei ihren Aktionen möglichst vielen Menschen das Mitmachen zu ermöglichen, wie es auf ihrer Website heißt. Maßgeblich von der IL mitgetragene Kampagnen waren die Massenblockaden gegen den G8-Gipfel 2007, die vom Bündnis »Dresden Nazifrei!« organisierten Massenproteste gegen den jährlichen Neonaziaufmarsches, Aktionen mit »Castor? Schottern!« gegen die Transporte radioaktiver Brennstäbe ins Zwischenlager in Gorleben, die Blockupy-Krisenproteste und Proteste gegen den Braunkohleabbau unter dem Motto »Ende Gelände« in der Niederlausitz und aktuell im Rheinland.

Keine Familien für Syrer

De Maizière will Nachzug weiter aussetzen

Kanzlerin Merkel will sich im Wahlkampf noch nicht festlegen, ob der Familiennachzug für bestimmte Flüchtlinge weiter ausgesetzt werden soll. Ihr Parteifreund de Maizière ist bereits entschieden.

Berlin. Das Plädoyer von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs für bestimmte Flüchtlingsgruppen ist auf heftige Kritik gestoßen. Besonders bei einem Innenminister sei diese Haltung nicht nachvollziehbar, sagte die Präsidentin des evangelischen Hilfswerks »Brot für die Welt«, Cornelia Füllkrug-Weitzel, am Donnerstag in Berlin. In allen Ländern der Welt könne man beobachten: »Je länger der Verbleib in Sammelunterkünften und das Ausbleiben des Familiennachzuges währen, desto höher ist das Maß an Frustration und jeder Sorte von unvorhersehbarem Verhalten«, sagte sie. Wenn man wolle, dass sich junge Menschen integrieren und Traumata bewältigen, »darf man sie nicht länger irgendwo hängenlassen«, sagte Füllkrug-Weitzel, deren Hilfswerk auch Flüchtlingshilfe in den Lagern in Jordanien und Libanon betreibt. Junge »Heißsporne« entwickelten sich anders, wenn sie mit Eltern und Großeltern zusammen seien, sagte sie.

De Maizière hatte bei einer Veranstaltung der »Heilbronner Stimme« am Dienstagabend gesagt, dass er dafür wäre, den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge auch über März 2018 hinaus auszusetzen. Im Frühjahr nächsten Jahres läuft die von der großen Koalition 2016 beschlossene zweijährige Sperre aus, die dazu führt, dass Flüchtlinge mit diesem untergeordneten Schutz derzeit ihre »Kernfamilie« – also Eltern oder Kinder – nicht nach Deutschland holen dürfen. Betroffen von der Regelung sind vor allem Syrer.

De Maizière begründete seine Haltung zum einen mit einer zu erwartenden »erheblichen Zahl« an Nachzügen. Geschätzt werde, dass pro Flüchtling ein Angehöriger nachziehe. Zudem argumentierte er, man wolle Eltern nicht ermutigen, Kinder auf die gefährliche Flucht zu schicken, um dann nachziehen zu können.

LINKE-Chefin Katja Kipping serklärte, dass die Aussetzung des Familiennachzugs für Kriegsflüchtlinge »menschenrechtlich unhaltbar« sei. De Maizière entlarve das CDU-Wahlkampfmotto »Mehr Respekt für Familien« als Lüge und fische »mal wieder im trüben Teich der AfD«. Alle Erfahrungen würden zeigen, dass Familienzusammenführung für Integration und Teilhabe unablässig seien. Der Bundesinnenminister gefährde die Integration in Deutschland und sei »eine Katastrophe für die Flüchtlingspolitik«. *Agenturen/nd*

ANZEIGE

▶ Termin 02.12. - 06.12.2017

▶ p. P. im DZ **€ 889,-**

Einzelzimmerzuschlag: € 116,-

Doppelkabine außen, p. P.: € 45,-

Leistungen

- Flüge mit Air Berlin von Berlin/Tegel nach Helsinki und zurück
- Transfer Flughafen Helsinki - Fährhafen
- 4 Fährpassagen mit der MS „Princess Anastasia“ (Helsinki - St. Petersburg - Tallinn - Stockholm - Helsinki)
- 4 Ü/F auf der Fähre in Doppelkabinen innen
- 4 Abendbuffet inkl. Getränke auf der MS „Princess Anastasia“
- 4 halbtägige Ausflüge: Stockholm, St. Petersburg inkl. Registrierungsgebühr, Tallinn und Helsinki mit Transfer zum Flughafen Helsinki
- Reisebegleitung ab/bis Flughafen Berlin
- Reiseführer pro Zimmer

Ausführliche Information: nd-Leserreisen, Herr Diekert, F.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Fax 030/2978-1650; leserreisen@nd-online.de; www.nd-leserreisen.de

Veranstalter: GR Individual- & Gruppenreisen GmbH, Strelitzer Chaussee 253, 17235 Neustrelitz

neues deutschland ▶ SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG nd